

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gratisbeilagen:

„Der Rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Einzelheft 10 Pf. ...

Verlagsstelle: Breslau 10, ...

Das Lohnsteuerergebnis

Von 674 Millionen Gesamteinnahme — 438 Millionen Lohn- und indirekte Steuern!

Die Vorschläge werden überschritten

(Sig. Draht.) Berlin, 19. November.

Die Uebersicht über die Einnahmen des Reiches im Oktober ergeben wiederum, daß der Betrag, der von den Arbeiternaufgebrachten Lohnsteuern weiter gestiegen ist. Im September 1925 brachte die Lohnsteuer 120,4 Millionen Mark, im Oktober 121,2 Millionen Mark. In den sieben Monaten vom 1. April bis Ende Oktober d. J. wurden an Lohnsteuern rund 871 Millionen Mark aufgebracht. Die gesamte Einkommensteuer ergab in der gleichen Zeit 1452 Millionen Mark, während nach dem Vorschlag des Reichsfinanzministers im ganzen Jahre 1925 nur 1700 Millionen Mark einkommen sollen. Die Überschreitung des Vorschlages durch die wirklichen Einnahmen der Lohnsteuer nähert sich jetzt, nach Ablauf von sieben Monaten, den vereinnahmten Beträgen dem Vorschlag für das ganze Jahr. Die vom Reichstagsbeschluss her geringe Ermäßigung der Lohnsteuer wird sich zwar erst in den nächsten Monaten auswirken, aber schon heute kann gesagt werden, daß selbst die von der SPD. beantragte weitere wesentliche Ermäßigung der Lohnsteuer, auch vom Standpunkte des Finanzministers aus, tragbar gewesen wäre.

Die Uebersicht über die Reicheinnahmen im Oktober bestätigt auch im übrigen, daß die den breiten Massen auferlegten Steuern ständig steigen, während die eigentlichen Besitztümer in ihrem Ertrage weiter abnehmen.

Bei einer Gesamteinnahme von 674 Millionen Mark entfallen allein rund 438 Millionen auf die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer, die Beförderungssteuer sowie die Zölle und Verbrauchssteuern. Nur 238 Millionen fließen aus den übrigen Steuerquellen.

Die Zölle brachten z. B. in den bisher verfloßenen sieben Monatsmonaten rund 321 Millionen Mark, während im Vorschlag für das ganze Jahr nur 356 Millionen Mark vorgelesen sind. Die Biersteuer brachte in den sieben Monaten 165 Millionen, während das ganze Jahr nur 174 Millionen Mark bringen soll. Auch die Einnahmen aus der Zuckersteuer stellen sich bereits auf 152 Millionen, während im ganzen Jahre nach dem Vorschlag nur 185 Millionen aufzubringen wären.

Trotz des Gehreiss des Finanzministers über eine zu erwartende Finanzkrise ist in Wirklichkeit eine erhebliche Überschreitung der vorgelesenen Einnahmen eingetreten. Die breiten Schichten der Bevölkerung sind durch die Verbrauchssteuern, die Zölle und die Aufrechterhaltung der Lohnsteuer in unerträglicher Weise belastet worden. Sie tragen fast ausschließlich die Lasten des Staatsapparats und des Dawesplans. Sie werden von dieser Lasten fast erdrückt und es ist absolut notwendig, daß sie diese Lasten abwälzen auf die Schultern der Besitzenden.

Reichsregierung und Hindenburg für Unterzeichnung

(Sig. Draht.) Berlin, 19. November.

Die Reichsregierung veröffentlicht nunmehr ihre bisher geheim gehaltenen Noten in der Entwaffnungsfrage. In der letzten Entente note vom 6. November ist bezeichnend, daß die Entente mit Freuden feststellt, welche Anstrengungen die deutsche Regierung gemacht hat, um sich den Forderungen der Entente anzupassen.

Am Dienstag befand sich ein Kabinettsrat mit der Unterzeichnung des Kriegspaktes. Stresemann wurde beauftragt, die betreffenden Vorschläge an den Reichstag auszuarbeiten. Für heute Donnerstag wurde die Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten nach Berlin einberufen. Die amtliche Mitteilung über den Kabinettsrat soll den Eindruck erwecken, als finde jetzt noch eine gründliche ernste Prüfung statt, während die bürgerliche „Voss-Zeitung“ aber zugleich, daß es sich nur noch um Formalitäten handelt. Vor dem Zutritt des Reichstags am 23. wird dann noch eine Besprechung Luthers mit den Parteiführern und eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses erfolgen.

Hindenburg für Locarno

(Sig. Draht.) Berlin, 19. November.

Ueber die seit Tagen zur Debatte stehenden „Wirtschaftsfragen“ Hindenburgs bei seinem Besuch in Stuttgart er-

klärt nunmehr der deutschnationalen Präsident des Württembergischen Landtags Körner.

Daß Reichskanzler Dr. Luther den Reichspräsidenten Hindenburg überzeugt habe, daß die Locarnopolitik die richtige sei.

Deshalb wünsche Hindenburg auch, daß die Deutschnationalen die Politik Luthers mitmachen.

Vom Zentrumsparteitag

Zwischen Wirth und Stegerwald kein grundsätzlicher Unterschied

(Sig. Draht.) Kassel, 19. November.

Man wendet sich gegen die Aufspaltung der innerparteilichen Zentrumskräfte durch die Demotatenpresse und sucht sie zu vereinen. Nach einigen bedeutungslosen Diskussionen erdichtet Stegerwald einen scharfen Angriff gegen Wirth, dem er eine allzu starke Bindung vorwirft. Er verteidigt mit aller Schärfe die Steuer- und Zollpolitik der Lutherregierung. In der Außenpolitik bestünden keine Differenzen innerhalb des Zentrums. Er tritt für Locarno und für einen europäischen Zweckverband ein. Die Zentrumspartei müsse mit allem Nachdruck auf die Große Koalition hindrängen. Auf die monarchistischen Kräfte in den christlichen Gewerkschaften muß man Rücksicht nehmen, damit die Bewegung nicht zerfallen wird. Wirth hebt die vernünftige Forderung des Sozialdemokraten Hillerding zum Problem der Zölle hervor und tadelt, daß man die Sozialdemokraten von vornherein nicht gehört habe. „Ihr habt den großen Augenblick verpasst, die politischen Kräfte der Sozialdemokratie, die gewiß vorhanden waren, anlässlich der Behandlung der Zollfrage einmal praktisch für die Landwirtschaft.“

Nach der Rede Wirths trat plötzlich eine Krise auf dem Zentrumsparteitag ein. Die angeforderte Resolution Spiecker war eingezogen. Infolge ihres offenen republikanischen Charakters berief Stegerwald sofort eine Sitzung der Reichstagsfraktion ein, um die Resolution abzuwürgen.

Wahltag der SPD!

Kommunalwahlen in Schwann (Miedenburg)

(Sig. Draht.) Berlin, 19. November.

In der Stadt Schwann (Miedenburg) wurde die im November 1924 gewählte Stadtverordnetenversammlung, in der neben 1 Kommunisten 5 Sozialdemokraten und 9 bürgerliche Stadtverordnete saßen, vorzeitig aufgelöst. Am Sonntag, 15. November, fand die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung statt. Die Neuwahlen brachten den Kommunisten ganz außerordentliche Erfolge. Es erhielten:

Kommunisten: 370 Stimmen und 4 Mandate. Sozialdemokraten: 369 Stimmen und 4 Mandate. Bürgerliche: 767 Stimmen und 7 Mandate.

Durch die rege Arbeit der Kommunisten hat die Stadt Schwann zum ersten Male in der Stadtverordnetenversammlung eine Arbeitermehrheit.

Vom Tage

In Cham (Oberpfalz) sowie in den Vereinigten Schuhfabriken Nürnberg wurden Einheitskomitees von Sozialdemokraten, Kommunisten, Kleinbauern, Mietern, den Gewerkschaften usw. gebildet, die den Kampf für Amnestie, gegen die Leuerung und den Steuerdruck organisieren sollen.

Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie Südwestdeutschlands hat durch ihre Vertretung den am 13. November gefällten Schiedsspruch abgelehnt.

In einer Stillenberstimmung in Chemnitz kam es zu einem Zusammenstoß zwischen zwei sozialistischen und Arbeitern, der 60 Verletzte und einen Toten zur Folge hatte.

Der italienische Ministerrat hat nunmehr Bestimmungen herausgegeben, daß die beiden Kammern keine Anwesenheit verlangen können, die nicht vom Ministerpräsidenten genehmigt worden ist. Aufgelöst wurden die Kommunistenvereine, die Kartellvereine, die Vereinigungen der Volkshilfsvereine.

Nach chinesischen Meldungen soll zwischen Tsangsolin, der sich auf die Mandchurie zurückgezogen hat, und Kengsihian ein Waffenstillstand geschlossen worden sein. Die Propaganda der Nationalrevolutionäre für die uneingeschränkte Souveränität Chinas geht weiter.

Gewitterwolken am Horizont

Von J. Smolla, Berlin.

Im kapitalistischen Deutschland entwickeln sich die ökonomischen und politischen Verhältnisse mit zwingender Logik. Mit jedem Tage wird es klarer, daß der deutsche Kapitalismus neuen Krisen entgegensteuert. Und das, obwohl auf der Kommandobrücke des Staatsschiffs der „nationale Retter“ Man genommen hat.

Die Ereignisse der letzten Monate mit allen ihren Auswirkungen sind für die breiten Massen der Bevölkerung ein strenger Lehrmeister gewesen. Möge die Bourgeoisie und alle diejenigen, die an der Erhaltung des Kapitalismus als Staatsform interessiert sind, tausendmal in die Welt hinausposaunen, daß Deutschland die Schwierigkeiten überwinden hat und die deutsche Wirtschaft sich in aufsteigender Linie entwickelt; mit diesen Ausreden werden sie die tatsächliche Lage, in der sich deutsche Wirtschaft befindet, nicht aus der Welt schaffen. Jeder Tag bringt unzählige Beweise dafür, daß die Wirtschaftskrise in Deutschland immer größeren Umfang annimmt. Die frohe Inversität der deutschen Bourgeoisie und mit ihr breiter Schichten des Proletariats, nach der Überwindung der schweren Krise des Jahres 1923, hat einer neuen Welle von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit Platz gemacht. Die deutsche Bourgeoisie hat auch tatsächlich keine Veranlassung, optimistisch zu sein; denn alle ihre Versuche, die hereinbrechenden Schwierigkeiten zu überwinden, die kapitalistische Wirtschaft zu stabilisieren und die Verhältnisse wieder in geordnete Bahnen zu lenken, scheitern an den unzähligen Widersprüchen, in die der Kapitalismus verwickelt ist.

Untersuchen wir kurz die Erfolge der zweijährigen Stabilisierungsperiode. Die Passivität des deutschen Außenhandels steigt von Monat zu Monat. Es werden nach Deutschland viel mehr Waren eingeführt als ausgeführt. Die deutschen Waren sind viel zu teuer und können im Ausland nicht abgesetzt werden. Der Konsum im Inlande sinkt im selben Verhältnis, wie die Kaufkraft der Bevölkerung geringer wird. Die Abhängigkeiten im In- und Ausland werden immer größer und führen naturgemäß zur Einschränkung der Produktion. Die deutsche Bourgeoisie ist gezwungen, täglich Betriebe zu schließen und Zehntausende von Arbeitern auf die Straße zu werfen. Denjenigen Industriezweigen, die noch Aufträge haben, fehlen zur Fortführung der Betriebe die notwendigen Kredite, die erst von widerwilligen Bankiers des In- und Auslandes zu hohen Zinssätzen aufgenommen werden müssen. Dadurch werden die Produktionskosten erheblich gesteigert, die Konkurrenzfähigkeit der betreffenden Produkte erschwert und die Betriebe selbst in eine immer größer werdende Abhängigkeit der Banken und des Auslandes gebracht. Die Fortführung der städtischen Betriebe und Verwaltungen in den meisten deutschen Städte war auch nur dadurch möglich, daß die meisten Städte riesige Auslandsanleihen zu Wucherzinsen aufgenommen haben. (Die Bourgeoisie benutzt diese Tatsache der Unrentabilität der kommunalisierten Betriebe zu einer weiteren Hege gegen die von uns verlangte Kommunalisierung.) Die Zinsen für die im Ausland aufgenommenen Anleihen haben die Steuerzahler, d. h. die Arbeiter, Kleinbauern, Handwerker und Kleingewerbetreibenden zu zahlen. Dadurch steigen die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel ins Unermessliche. Der Umsatz der Kleingewerbetreibenden wird immer geringer, weil die Arbeiter auf Grund ihrer niedrigen Löhne nichts mehr kaufen können. Täglich treten Hunderte von Handwerkern und Kleingewerbetreibenden unter den drückenden Steuerlasten den Canossengang nach den Gerichten an, um Geschäftsaufsicht zu beantragen oder Konkurs anzumelden. Die kleinen Bauern verkaufen in ihrer Verzweiflung oft den Rest der für den eigenen Gebrauch bestimmten Produkte, nur um Geld zu bekommen, mit dem sie die fälligen Steuern bezahlen können, weil ihnen der erbarmslose Gerichtsvollzieher ihr Inventar mit dem Rudel versehen hat. Mit einem Wort gesagt: Die Stabilisierung hat Arbeitslosigkeit, Not, Elend und Entbehrung gewaltig verstärkt.

Wie steht es mit den Erfolgen der Bourgeoisie auf politischem Gebiet, nach außen und nach innen? Die deutsche Bourgeoisie erfüllt treu und brav den Versailles Vertrag. Sie erfüllt auf Kosten des Proletariats. Widerstandslos unterwirft sie sich allen Diktaten der Entente. Sie hat den Dawesplan und den Londoner Vertrag geschlossen und damit die nationale Selbständigkeit zu Grabe getragen. Die deutsche Bourgeoisie wird — darüber gibt es keinen Zweifel mehr — auch noch den letzten Schritt tun und den Garantiepakt unterzeichnen. Damit ist Deutschland zur Etappe für französische Soldaten und englische Kanonen im kommenden Krieg gegen Sowjetrußland geworden. Innenpolitisch hat die deutsche Regierung, die ihr von der Entente zugeordnete Rolle des Gerichtsvollziehers, der die Milliarden eingutreiben hat, mit peinlicher Sorgfalt erfüllt. Sie hat den Staatsapparat stabilisiert, der zur Niederhaltung der revolutionären Bewegung notwendig war. Das sind die Erfolge in dieser Hinsicht.

# SPD-Vertreter lehnen Strafaussetzung für Max Holz ab!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 20. November.

Gezwungen durch jah' rite Notlage michte ich der Reichsausschuss des Preussischen Landtages mit der unerhöhten Behandlung des Genossen Max Holz belassen. Ministerialrat Danwarth bekräftigte, daß man Max Holz von Breslau nach Groß-Strehlitz überführt habe, weil man nicht zugeben könne, daß ihm die Unterbranten in Breslau zu weitgehende Vergünstigungen zukommen. Genosse Menzel sagte an Hand reichhaltigen Beweismaterials, wie Max Holz körperlich und geistig ruiniert wird. Sogar während seiner Freiheitsstunden im Hof wird Holz von Spitzwachen umstellt.

Selbst Kuttner von der SPD. plädierte daraufhin für einen milderen Strafvollzug an Holz, weil er als stellvertretendes Mitglied im Reichsammittelkaufschuß Zweifel an der Schuld des Holz bekommen habe.

Nunmehr stelle Genosse Menzel den Antrag, dem Strafgefangenen Max Holz bis zum Ablauf seines Weberaufnahmeverfahrens Strafaussetzung zu gewähren.

Er wies in berechneten Worten nach, daß der Fall Holz schon seit dem Jahre 1921 die Gemüter von Hunderttausenden Arbeitern befeuert und nicht eher zur Ruhe kommen wird, bis der Fall gründlich untersucht sei.

Nun kam auf einmal Leben in die Rede. Sämtliche Parteien plädierten dagegen und verhängten sich hinter formale Grundsätze. Die SPD-Vertreter stellten den Antrag, die Eingabe zurückzuweisen, weil die vorgebrachten Behauptungen nicht als zureichend herausgestellt hätten. (1)

Für diesen Antrag stimmten trotz der gemachten parlamentarischen Versicherungen neben den Reaktionen die ganzen SPD-Mitglieder.

## Heute Gröfzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung!

(Eig. Draht.) Berlin, 19. November.

Heute tritt die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung (kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit) zum erstenmal zusammen. Der „Vorwärts“ behandelt aus diesem Anlaß in einem Leitartikel die Aufgaben der Verammlung und schreibt, daß es Aufgabe der Arbeiter sei, der Gemeinde zu gelunden Finanzien, zu Leistungsfähigkeit und Arbeitsbeschäftigung zu verhelfen. Der Sozialdemokrat habe in den letzten vier Jahren bereits bewiesen, daß sie dieser Aufgabe gewachsen sei, während die Kommunisten diese Notwendigkeit immer verkennen und niemals politische Mitarbeit geleiht hätten. Wegen die zukünftige Arbeit der kommunistischen Fraktion zieht der „Vorwärts“ schon heute los, indem er, nachdem er den Kurswechsel anerkennt, behauptet, das Sekretariat der SPD. habe bei 50 bis 100 Anträgen für die kommunistische Fraktion fertig, die natürlich gut und schön, aber eben nicht durchführbar seien, weil durch Reparationen, Niedergang der Wirtschaft usw. die Gemeinden kaputt seien. Politische Arbeit scheitert also nur für den „Vorwärts“ zu sein, wenn man die Gemeindefeinde durch hohe Tarife für seine Elektrizität und niedrige Löhne und Gehälter für die städtischen Arbeiter und Angestellten „ge und“ macht.

## Kleine politische Nachrichten

250 österreichische Arbeitslose nach Rußland. Wien, 17. Nov. 250 österreichische Arbeitslose werden in der nächsten Woche auf Grund eines Abkommens zwischen der österreichischen Arbeiterkammer und der kommunistischen Partei nach Moskau abreisen, wo man für alle bereits eine Anstellung gesichert hat.

Eine russische Bank in Japan. London, 17. November. Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Tokio meldet, die erste Sowjetbank in Japan wird zu Beginn des nächsten Monats in Kobe unter dem Titel „Bank des japanischen Ostens“ eröffnet werden. Die Beamten werden aus Wladiwostok nach Kobe gebracht werden.

Aus der roten Armee. Moskau, 17. November. Der bisherige Chef des Generalstabes, Romanow, ist zum Generalinspektor der roten Armee ernannt worden. Der bisherige Befehlshaber des Militärdistrikts West, Tuchatschewski, übernimmt den Posten des Generalstabchefs.

Bereiteter Anschlag auf eine Synagoge. Leipzig, 17. November. Nach einer Mitteilung der Leipziger Polizei war von mehreren Mitgliedern einer rechtsgerichteten Organisation geplant, die Leipziger Gemeindefsynagoge in die Luft zu sprengen. In der Angelegenheit sind ein 26-jähriger Diplomandwirt und ein 22-jähriger Goldschmied verhaftet.

Die Lage in Sibirien. Peking, 17. November. Amtliche Mitteilungen aus Sibirien belagen, daß die roten Truppen ständig in Kwantung Oberhand gewinnen.

Die „heilige Stadt“ vor dem Fall. Paris, 17. Nov. Nach einer Meldung der Savas-Agentur steht die seit zwei Monaten von den Mahabiten belagerte Stadt Wredina unmittelbar vor dem Fall.

Faschismus in Frankreich. Paris, 16. November. Die Verwirrung und Besetzung weiter Kleinbürgschaften infolge der Inflation wird von der Schwerindustrie und den Banken immer eifriger zur Bildung von faschistischen Formationen benutzt. Am Donnerstag fand die Gründungsversammlung und Fahnenweihe eines vollkommen nach italienischem Muster aufgebauten, faschistischen Bundes der Frontkämpfer unter Teilnahme monarchistischer Kreise um die „Action Française“ statt.

Die englischen Kommunisten noch immer in Wanderverweh. London, 16. November. Die vor einigen Tagen veröffentlichte Meldung, daß die in Brüssel verhafteten englischen Kommunisten R. Palme Dutt und Mary Moorhouse nach Schweden ausgewiesen worden seien, stellt sich nach einer Information des „Daily Herald“ als falsch heraus. Die beiden Genossen wurden vorige Woche wegen „Gefährdung der Sicherheit des belligierten Staates“ verhaftet. Die Polizei konnte beim Untersuchungsrichter jedoch nicht die geringsten Beweise dafür liefern und das Verfahren mußte deswegen eingestellt werden. Die Polizei beantragte darauf Ausweisung mit der aus der Luft gegriffenen Begründung, die zwei Genossen seien „lästige“ Ausländer. Dagegen wurde härteste Verwahrung eingelegt und über die Angelegenheit wird noch verhandelt. Unterdessen werden die Genossen jedoch immer noch, obwohl nicht die geringste Anklage gegen sie erhoben werden kann, im Gefängnis festgehalten. Alle in der Presse sofort aufgetauchten Gerüchte über die Entdeckung „russischen Goldes“, aufrührerischer Dokumente in hinduistischer Sprache oder Material zur antimilitaristischen Propaganda in der englischen Armee sind nach dem „D. S.“ vollkommen aus der Luft gegriffen.

Die schwere wirtschaftliche Lage zwingt bereits die Auswanderung auf große Kreise der Bevölkerung, besonders auf das Proletariat. In den Kreisen des Kleinbürgertums, das täglich den Zusammenbruch seiner Existenz vor Augen hat, herrscht große Bitterkeit. Das Gespenst des völligen Ruins, das sie auf Schritt und Tritt verfolgt, treibt diese Kreise in die Hände gewissenloser Schieber und Wucherer. Die Gläubiger halten beständig den Strid um den Hals der kleinen Gewerbetreibenden, um ihn bei passender Gelegenheit erdgültig anzulegen zu können. Und die Arbeiter, die am Lohnungstage nur die Hälfte oder ein Drittel ihres fälligen Lohnes vom Unternehmer erhalten, beginnen zu murren. Sie sind vorläufig noch sehr bescheiden, denn sie begnügen sich mit der Annahme von „Protestersubstitutionen“. Weiter gehen sie vorläufig noch nicht, denn die im Produktionsprozeß stehenden fühlten das Gewicht der völligen Arbeitslosigkeit. Deshalb ertragen sie, wenn auch mit innerem Groll, nach außen hin geduldig ihr Los. Aber der so gefährdeten Arbeitslosigkeit werden sie auf die Dauer nicht entgehen.

Das Meer der Erwerbslosen steigt unaufhörlich. Der größte Teil der Arbeitslosen ist längst ausgelauert und ist der Bestehele — genannt öffentliche „Wohlfahrtspflege“ — verfallen. In den Reihen der Erwerbslosen gibt es außerordentlich. Aber wollen die Arbeiterfrauen, die mit den niedrigen Löhnen nicht auskommen können, auf den Märkten und in den Markthallen rekrutieren, dann wird die Staatsgewalt einschreiten, um die „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen. Eine Gewitterschwüle lastet auf Deutschland, die jeden Moment einen Ausbruch bringen kann.

Die deutsche Bourgeoisie sieht das Herannahen der Gefahr. Mit der ihr eigenen Elastizität paßt sie sich der neuen Situation an und trifft die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen. Sie fühlt, daß sie in Not ist und in der Stunde der Gefahr wendet sie sich an die sozialdemokratischen Partei- u. Gewerkschaftsführer, von denen sie Hilfe erwartet. Die deutsche Bourgeoisie kennt ihre Hoppenheimer und weiß, auf wen sie sich in der Stunde der Gefahr wirklich verlassen kann. Der November 1918 und der Oktober 1923 sind ihr noch in frischer Erinnerung. Zut gut weiß die kluge deutsche Bourgeoisie, daß in den kritischen Zeiten, da die Arbeiter zu rebellieren drohen, die Rede eines sozialdemokratischen Partei- oder Gewerkschaftsführers auf die Arbeiter noch größere Wirkung ausübt, als Maschinengewehre und Granatmümpel. Die Bourgeoisie ruft wieder nach den Sozialdemokraten! Sie ladet sie zum Eintritt in eine Regierung der Großen Koalition ein! Ob die Sozialdemokraten dem Ruf der deutschen Bourgeoisie folgen werden? Die Verklepungstaktik bei der Einberufung des Reichstages, die Paul Löbe wahrscheinlich auf Veranlassung seiner Partei betreibt, die zarte Rücksichtnahme der sozialdemokratischen Führer gegenüber der Bourgeoisie läßt darauf schließen, daß die sozialdemokratischen Parteiführer den Eintritt in die Große Koalition vorbereiten. Die Situation und die Taktik der Bourgeoisie gleichen in vielen Zügen denen von 1923.

In diesen Tagen ist es Aufgabe der kommunistischen Partei der gesamten Arbeiterklasse, die drohende Gefahr aufzuzeigen, die Massen in den Betrieben zu mobilisieren, damit sie den Ernst der Situation erkennen. Die Partei selbst muß, nachdem sie in ihren eigenen Reihen die notwendige Klarheit geschaffen hat, sich auf die kommenden Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie vorbereiten, damit sie von den hereinbrechenden Ereignissen nicht überrascht wird. Der Weg, den die Partei zu gehen, und die Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, sind klar vorzuziehen.

Nest kommt es darauf an, alle Kräfte zusammenzureißen. Der 29. November wird zeigen, ob und wie weit das gelingen ist!

## Von Mäusen

## zu Mäusen...

Romaneiner Frau

14 | Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Ich tastete mit der Hand danach und fühlte, daß eine hebrige Flüssigkeit aus dem Auge lief. Ich lächelte auf. O Gott, ich verlor mein Auge, ich verlor mein Auge.“ Schnell sprang ich aus dem Bett und lief in meinem dünnen Hemdchen hinaus zur alten Mutter. Sobald ich jedoch den Fußboden mit meinen Füßen berührt hatte, lagen viele kleine Glassplitter in den Fußstapfen. Ich aber achtete nicht darauf und lief, die Hand gegen das Auge gedrückt, die Treppe hinauf, klopfte an die Tür und rief: „Mutter! Mutter! ich verliere mein Auge. O, kommen Sie schnell, bitte, bitte!“ Während sie im Dunkel nach der Türsuchte, stand ich draußen und dachte in furchtbarem Bangen: Was nun, wenn ich mein Augenlicht verliere? Wenn ich blind werde? Blind — Blind! Ein Grauen lähmte mich plötzlich alles Denken und die alte Frau kam noch gerade recht, mich in ihren Armen aufzulangen. Da machte sie Licht warf mit ein Tuch über und lugte ihre Brille her. Als sie aber meine Hand vom Auge nehmen wollte, schrie ich auf, denn ich konnte das Licht nicht übertragen. Da lief sie in ihrer Angst und weinte Herr Obermeyer, aber der konnte mich auch nicht helfen und ging wieder zu Bett. Als jedoch am nächsten Morgen die Anechte aufstanden, schickte er und ließ einen Arzt holen. Er war auch in mein Zimmer gegangen, um zu sehen, was dem Geschehen sei. Als er wieder kam, brachte er eine große Schale mit und sagte: „Na, Martha, Du kannst mich von Glück sagen, daß Dich der nicht getroffen hat. Jetzt wirst Du jetzt schon tot. Ich kann gar nicht begreifen, wie der durch das Fenstergitter gekommen ist — wer den geworfen hat, muß extra gut gezielt haben.“ Wer hatte es getan? Zwei dunkle Gestalten, die viel leicht den stolzen Mädel den Schädel einwerfen wollten? Und das wollten Menschen sein — ?

Als der Doktor kam, konnte er mir nicht helfen, denn das Auge war inzwischen ganz zugeflossen. So verordnete er warme Umschläge von Kamilletee und Ruhe. Ruhe? Wer sollte mir die gönnen? Warme Umschläge? Wer sollte mir die machen? Die alte, fast siebzigjährige Frau war ohnehin zu sehr mit Arbeit überladen und Herr Obermeyer schickte keine Strafpfeife.

Da hand ich mir ein Tuch fest ums Auge, suchte aus den Fäden die Glassplitter und haß wieder so gut ich konnte.

So vergingen einige Tage, der Arzt war wiedergekommen, konnte aber ohne Arzneipiegel und Handzimmern nicht feststellen, was mit dem Auge war.

In meinem Zimmer war die Fensterscheibe wieder eingestrichen worden und ich schief wieder dort, aber mit dem festen Beschluß, nicht wieder aus dem Fenster zu sehen, und wenn da draußen die Welt unterginge. Die Schmerzen wurden immer unerträglich und ich hatte große Angst um mein Auge, falls es noch zu retten war. Aber da mußte etwas geschehen, denn bei der Behandlung wurde es sicher nicht wieder besser. Die ganze Nacht hatte ich vor Schmerzen und Gedanken nicht schlafen können und als der Morgen kam, war mein Entschluß gefaßt. Ich blieb auf meinem Zimmer und machte mich respektlos um nach Hannover zu einem Augenarzt zu gehen. Herr Obermeyer der mich im Hause suchte, klopfte plötzlich an meine Tür und rief:

„Martha! Was machst Du auf deinem Zimmer? Willst Du nicht kommen und Deine Arbeit tun?“

„Rein, Herr Obermeyer, heute komme ich nicht in die Küche. Ich fahre mit dem Omnibus nach Hannover zum Augenarzt.“

„Das wollen wir ja mal sehen. Du denkst wohl das geht so fix? Man soll's hinhören nach Hannover fahren — und wir können hier sehen, wie wir fertig werden. Du kommst sofort in die Küche! Hörst Du?“

„Ich komme nicht. Der Omnibus kommt um sechs Uhr hier vorbei, da muß ich fertig sein.“

Einige Minuten später ging ich in mein Arbeitszimmer und fragte um Geld, denn ich hatte ja nie einen Pfennig im Beist.

„Du bekommst kein Geld. Du bleibst hier.“

„Ich bleibe nicht hier. Ich gehe zum Arzt, oder denken Sie wegen Ihrer Hausarbeit soll ich mein Augenlicht auf Spiel setzen, falls es noch zu retten ist? Sie sind doch mit Ihrem Jungen auch von Arzt zu Arzt gegangen, um ihn wieder gesund zu bekommen — bis ich vielleicht kein Mensch?“

Als ich die letzten Worte sagte, glit brauchen der zwelspannige Omnibus vorbei. Ich hätte es nicht einmal bemerkt, wenn nicht die Pferde wegen des hohen Schnees Locken getragen hätten. Ohne von Herrn Obermeyer noch eine Antwort abzuwarten, lief ich fort, dem Omnibus nach. Ich rief und winkte, aber die Dämmertung und das Schneetreiben hüllten mich und mein Rufen ein.

Ich lief dennoch vorwärts, denn ich mußte, daß gleich vor dem Dorke eine Anhöhe war, wo die Pferde sicher langsam gehen mußten und darauf baute ich mein Glück. Dazwischen wollte und rief ich immer wieder und als das Gefährt gerade

langsam die Anhöhe hinausstieg, sah ich, wie jemand mit einem Taschenrechner aus dem Wagen winkte. Dann ging ein Rucken durch den Wagen und alles stand still. Ganz außer Atem, unfähig ein Wort zu sagen, zogen mich die Mitreisenden in den Omnibus und setzten mich auf ein Bank. An der Endstation erschaltete ich mich bei dem Fußwerkzeugschlepper wegen des Geldes, und der Mann, der mich ja schon lange kannte, sagte: „O, das ist schon recht, Fräulein, irgend eure Zeit, wenn Sie mal bei uns vorbeikommen.“

In Hannover angekommen, erludigte ich mich auf der Straße nach einem guten Augenarzte und wurde nach der Hoeltzstraße gewiesen. Ich fand auch bald das Haus mit dem großen Schild und kam gerade recht zur Sprechstunde. Als die Reihe an mich kam, ging ich mit einem Herzen voll Angst und leeren Taschen ins Allerheiligste.

„Na, mein Kind, was ist denn mit dem verbundenen Auge?“

„Ich glaube, es ist mir ein Stück Glas hineingeschlagen.“

„So! Na, da wollen wir mal gleich nachsehen.“

Er legte sich an einen Schreibtisch und fragte mich nach Namen, Wohnort und Beschäftigung, und ich gab ihm Antwort. Dann öffnete er eine Tür zu einem dunklen Kämmerchen und schob mich hinein, drehte ein mattes Licht an und sagte: „Nehmen Sie den Verband vom Auge.“

Währenddessen legte er viele kleine Messerchen und einen Handspiegel zurecht. Und ohne noch ein Wort zu sagen, faßte er meinen Kopf, arbeitete gleich in meinem Auge herum, kratzte mit einem Messer, schaute dann wieder durch das Glas und sagte: „Sie sind noch gut abgenommen. Sie haben einen fünf Millimeter langen Schnitt, blut am Augapfel und das Glas ist noch darin. Ich kann es heute nicht entfernen und gebe Ihnen ein Pulver mit, das lösen Sie in heißem Wasser auf und machen fortwährend Umschläge, so heiß, wie Sie es vertragen können.“ Dann verband er mir das Auge und ließ mich wieder in das große Zimmer treten. „Drei Mark“, sagte er und strackte mir die offene Hand entgegen, „und kommen Sie morgen wieder.“

Nun wollte ich ihm die ganze Geschichte erzählen, warum ich kein Geld hatte und daß ich morgen sicher das Geld bräde, da ich eine Schwester in Hannover habe, die es mir sicher borgen würde. Da schob er mich zur Tür hinaus und murmelte etwas barsch: „Habe keine Zeit, habe keine Zeit, wenn es nicht anders ist, mache ich mich aus der Amentasse bezahlt, die brauchen auf dem Tische steht.“ Damit war ich draussen.

Ich ging durch die Straßen über den instinktiven Schnee und sah und hörte nichts um mich her. Wie Feuer riefelte es mir über den Körper, wenn ich all der Dinge gedachte, die ich da begab.

(Fortsetzung folgt.)

# Schluß des Berichtes über die Reichsparteiarbeiterkonferenz

Referat Dengel

Haben wir eine klare, bestimmende Wirkung erzielt, wenn wir durch fraktionelle Abstimmungen nicht hindern lassen die Partei in eine Gesamtheit zusammen, alle Kräfte, die mit in seinem Sinne arbeiten wollen, wir werden ein großes Stück schon in der nächsten Zeit vorwärts kommen. Wir brauchen keine Abseits-Entscheidungen zu haben, wir können, das zeigte diese Faktion, Vertrauen haben in der Partei, wir können Vertrauen haben in die Komintern und wir können auch Vertrauen haben in die Entwicklung des deutschen Proletariats. (Beifall.)

Nach dem Referat des Gen. Dengel folgt der Bericht der Mandatarprüfungs-Kommission.  
Es sind 27 Mandate gültig, davon 15 Jugendliche. Anwesend sind 24 Delegierte.

## Distiktion über die politische Lage.

Gen. Rosenbergs: Das Referat des Gen. Dengel sagte, daß das Wesen der jetzigen Krise hauptsächlich in der Kreditnot besteht. Das ist unrichtig. Die Krisenerscheinungen der Wirtschaft sind die Ursachen der Kreditnot. Wir haben zwar noch ein zentralisiertes Finanzsystem, aber es ist eine Dumpfing-Konjunktur, und die Krise wird ausgelöst durch die amerikanischen Kapitalisten. Gen. Dengel spricht von einer relativen Stabilisierung und bezieht sich mit den Führungskräften des Gen. Meier in der letzten Nummer der 'Internationale'. Es handelt sich um eine künstliche Stabilisierung. Aber was frucht das, wie weit ist der Weltkapitalismus in der Lage, diese Scheinstabilisierung zu sichern? Die ganze Krise liegt ganz auf dem Gebiet der Weltwirtschaft. Gen. Meier bringt diese Scheinstabilisierung in Zusammenhang mit einem neuen Imperialismus. Das ist falsch! Wie kann denn eine solche übertriebene Wirtschaft Imperialismus heißen? Auch die Frage der neuen Weltwirtschaft ist von Meier falsch gestellt.

Die deutsche Großbourgeoisie muß, um leben zu können, einen unbedingten Nachlaß haben, der viel Geld kostet. Darin ist es zu fordern, daß die Halber der Masseinheit für die Massen vorhanden werden. Auch in der Frage der Währungsreform wird, ganz einseitig, verfahren. Die vollständige Blödsinnigkeit der Währungsreform hat das alles mit sich gebracht.

Im Mittelpunkt unserer Politik muß Locarno-Distpolitik stehen. Damit werden wir die breitesten Massen für uns gewinnen können.

Mäurer: Die Wirtschaftskrise, die wachsende Arbeitslosigkeit, die Rezession, die Krise und der Druck der Gewerkschaften — all das diktiert der Partei klar ihre Aufgaben. Die Partei hat die Aufgabe, die Arbeiter in ihrem Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage zu führen.

Es gibt rechte Gefahren. Nach dem Mai-Zentralratschluß wurden Fehler in der Einheitsfront-Taktik gemacht, indem in den Bezirken ganz schematisch offene Briefe herausgegeben wurden. Oder der Hamburger Aufruf: Für Freiheit und Brot! — ist das die Taktik der Einheitsfront? Man hat keine Diskussionstampränge mit den Arbeitern über die Klassenverbindung geföhrt. Das sind alles rechte Fehler, die alle Maßnahmen der ultralinken Theologie sind.

Schreiber: Die deutsche Arbeiterbewegung hat zwei Wege in die Zukunft, entweder den Weg nach Locarno, oder den Weg nach Moskau. Sie entscheidet sich schon zum Teil, nämlich für den Weg nach Moskau. Die Partei hat die Aufgabe, den Arbeitern den Weg nach Moskau zu erleichtern und ihr auf diesem Wege föhrend voranzugehen. Die Methode, um diese Föhrtung zu übernehmen, ist die Methode der Einheitsfronttaktik. Die rechten Gefahren dieser Taktik können nur überwunden werden, wenn die Partei ihre Entscheidungen trifft vom Standpunkt der Gesamtlage der Arbeiterklasse.

Dahlem: Wir können den neuen Kurs der Partei: Heran an die sozialdemokratischen Arbeiter nur durchführen, wenn es uns gelingt, schnell und gut unsere Organisation auf Parteibasis zu umstellen. In den letzten Monaten haben wir in dieser Hinsicht in den meisten Organisationen im Reich einen großen Schritt vorwärts gekommen. Diese Erfahrungen sind föhrend in der 'Resolution zur Organisationsfrage'. Die Schritte, die wir in den nächsten Wochen durchführen müssen, sind dort wie folgt festgelegt:

Abschließung der Registrierung der Mitgliedschaft, wie sie in allen Bezirken des Reiches im Gange ist; Aufnahmestellung der schon bestehenden Betriebszellen in Zellengruppen und sofortige Wahl von provisorischen Zellenarbeitsgruppen.

Die Partei hat bewiesen, daß es besser ist, wenn die schon bestehenden Betriebszellen zu provisorischen Zellengruppen mit provisorischen Zellenarbeitsgruppen zusammengefaßt werden. Wenn dann alles reiflos in Betriebszellen und Straßenzellen aufsteigt, dann wählt man die endgültigen Zellenarbeitsgruppen.

Wir hatten noch auf dem Berliner Parteitag gesagt, daß man alle Genossen, wo es irgend möglich ist, an Betriebszellen angliedern soll. In der Praxis hat sich gezeigt, daß dieser Standpunkt nicht richtig ist. Man soll in der Regel alle Genossen, die nicht in Betrieben arbeiten, zu Straßenzellen zusammenfassen, und man soll nur in ganz beschränkter Anzahl Genossen von außen an die Betriebszellen angliedern.

Weiter ist nach dieser Konferenz sofort durchzuführen die Stabilisierung der alten Funktionärversammlung. In ihre Stelle hat die Delegiertenkonferenz zu treten, die nicht, wie es in Frankfurt über Obembris der Fall zu sein scheint, einmale hintereinander zusammentritt, also wieder zur alten Funktionärversammlung wird, sondern die Delegiertenkonferenz wird von Fall zu Fall gewählt, nachdem vorher in den Zellen und Zellengruppen Erwähnung zu der betreffenden Frage genommen worden ist. Nach der Delegiertenkonferenz berichten die Delegierten in ihrer Zelle bzw. Zellengruppe. Damit ist der Mandat erschaffen.

Wenn die Betriebszellen- und Reorganisationsarbeit vorwärts kommen soll, müssen sämtliche Parteifraktionen und Parteiaufgaben von den Betriebszellen, wie sie heute schon bestehen, behandelt bzw. von ihnen durchgeführt werden. Deshalb hat die Berichterkommision über diese deutsche Konferenz in erster Linie in den bereits bestehenden Betriebszellen und überall dort, wo es möglich ist, in Zellengruppen zu erfolgen. Ein letzter Schritt in der Reihe dieser Maßnahmen ist die Reorganisation aller Zellen von den Zellengruppen bis zu den Bezirksstellen auf der Basis der neuen Reorganisationsmaßnahmen.

Reinhardt-Jena: Wenn man die politischen Ergebnisse vor und nach Locarno sieht, so muß man eine völlige Umkehr im Lager der Imperialisten feststellen, und gleichzeitig erkennen, daß noch dauernd Umwälzungen in diesem Lager stattfinden.

Die Resolution über unsere Kommunalspolitik sagt, daß es überall das Ziel sein muß, eine Arbeitermehrheit in den Parlamenten zu erreichen. Wenn wir aber bei dieser Politik nicht gleichmäßig vordringen, daß die Arbeitermassen ihre demokratischen Funktionen abstreifen müssen, dann sind die rechten Gefahren klarer denn je. Der Genosse Schölem hat schon richtig darauf hingewiesen, daß durch diese Politik eine neue Sachsen-Schweizer eingeleitet werden kann. Die Frage der westlichen und der östlichen Orientierung müssen wir verbinden mit den praktischen Fragen der Arbeiterklasse.

Gen. Meier: Genosse Dengel ist nicht auf die ziemlich hart anhaltende Erwerbslosigkeit eingegangen. Wenn wir die ungeheure Erwerbslosigkeit berücksichtigen, die sich in den ent-

schiedensten Wirtschaftszweigen zeigt, so sehen wir, daß die Wirtschaft im Westen ist und wohl kaum durch Auslandsbesitz behoben werden kann. Zu den Fragen, die Genosse Dahlem angesprochen hat, muß ich sagen, daß die Umstellung der Partei auf Betriebszellen absolut richtig ist. Es wird aber notwendig sein, unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse in einzelnen Betrieben besondere Anweisungen herauszugeben. Auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit muß eine starke Kontrolle angefaßt werden. Nach den Wahlen in Berlin haben sich die Arbeiter in den Betrieben sehr eingehend mit den Fragen beschäftigt, welche Politik jetzt im Rathaus getrieben werden soll und es wäre notwendig, daß die Partei zwischen der Rathausfraktion und den breiten Arbeitermassen eine lebendige Verbindung schafft.

Freib. (Sollinger) wendet sich gegen Rosenbergs theoretische Auffassungen, die dieselben ultralinken Abweichungen aufweisen, wie die praktische Arbeit der Ultralinken. Nach Rosenbergs ist die Arbeit der Ultralinken ein und dasselbe. Das Lebenswert des Marxismus hat uns längst gelehrt, daß jedes Land zwei verschiedene Massen hat, und Genosse Dengel hat recht, das Schwergewicht auf die Proletäre zu legen. Rosenbergs Standpunkt ist ein ultralinkes (vereinfachtes) ultralinks. Genosse Rosenbergs stellt die Theorie des 'Schwarzimperialismus' auf und setzt an Stelle eines Unfandes einen noch größeren, d. h. er verweigert überhaupt die Existenz eines deutschen Imperialismus. Waslow hat mit seiner Theorie des Schwarzimperialismus mit vielen anderen Fragen eine Art des Blackmarxismus produziert, dagegen geht Rosenbergs in den Führungskräften Carlotta von Woltershaus, eines bürgerlichen Nationalismus. Rosenbergs verweigert die Wirkungslosigkeit des Schwarzimperialismus mit dem Wesen des Imperialismus selbst. Wenn der deutsche Imperialismus gegenüber nicht die Möglichkeit hat, sich vollkommen zu entfalten, so ist es doch seiner Struktur nach Imperialismus.

Rosenbergs hat gegenüber Dengel die Auffassung vertreten, daß die Stabilisierung eine 'künstliche' sei. Was heißt 'künstlich'? Wenn eine finanzielle Stabilisierung da ist, so ist sie entweder da oder sie ist nicht da. Diese ganze Begriffsverwirrung dient nicht zur Klärung der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Wenn man will, ist der ganze Kapitalismus 'künstlich'.

Wir sprechen vom 'Kommintern-Aufgebot' und denken dabei föhrend an das Entnazifizierungsgebot. Die KPD hat das Entnazifizierungsgebot mit einer sorgföhigen breiten Schulung der neuen Mitglieder verbunden. Wenn wir das vernachlässigen, dann drohen neue Gefahren.

Reinhardt (Saargebiet) vertritt an Hand von praktischen Beispielen die Auswirkungen der ultralinken Theorie zu illustrieren. Rosenbergs Theorie hat nichts mit Ultras zu tun, sondern ist durchaus opportunistisch. Im Saargebiet sind Sozialdemokratie errichtet worden, die von der deutschen und französischen Regierung aufgebauscht worden sind. Genosse Rosenbergs hat im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages die Erklärung abgegeben, daß die kommunistische Fraktion dem Saarabkommen zustimmt. Rosenbergs hat eine Politik gemacht, die Vorläuferin des Westpates von Locarno gegen Sowjet-Rußland war. Die Genossen berieten sich darauf, daß es geschah, um dem Saarproletariat zu helfen; der Vertrag dachte aber nicht an den Interessen des Proletariats. Es ist auch gar nicht wahr, daß durch diesen Vertrag irgend welche wirtschaftlichen Erleichterungen eintreten. Wir im Saarparlament haben den Vertrag abgelehnt, während er im Reichstag befaßt wurde. Genosse Rosenbergs hat auf diese Weise zu der Theorie des 'Schwarzimperialismus' beigetragen. Wir müssen uns dagegen wehren, daß diese Theorien zum Leidsamen unserer Politik werden.

Bernhard Kuzmen (Halle): Rosenbergs hat sich in seinen theoretischen Ausführungen selbst in Widersprüche verwickelt. Er stellt gegenüber 'künstliche' und 'reale' Stabilisierung. Diese beiden Begriffe widersprechen sich nicht. Er sprach davon, daß ein Imperialismus in Deutschland unmöglich sei, weil Deutschland eine passible Handelsbilanz hat. Aber ein Teil der Kapitalisten, die noch gute Konjunktur haben, betreiben Imperialismus. Wenn die Diskussion über die Verantwortung nicht abgeschlossen werden wird, so besteht die Notwendigkeit, auch in der Zukunft für theoretische Klarheit zu sorgen.

Ludwig: Die Theorien des Genossen Rosenbergs sind liquidatorische Theorien. Die ökonomischen Theorien der Ultralinken sind eine Verbindung von theoretischer Phantasie und praktischer Unfähigkeit. Sie verstehen es nicht, die marxistische Theorie mit den Tagesaufgaben zu verbinden. Das was Genosse Rosenbergs hier vorgebracht hat, führt zu kleinbürgerlichen Abweichungen. Man kann einen Katalog für alle möglichen Tagesaufgaben aufstellen, aber diese Tagesaufgaben müssen mit der marxistischen Theorie verknüpft werden, um zu einer revolutionären Einheitsfront-Taktik zu werden.

Genosse Freib hat recht in seinen Ausführungen: Rosenbergs steht nicht, daß die tiefen anarchischen Widersprüche in der deutschen Bourgeoisie immer schärfer werden. Wir haben imperialistische Grundtendenzen des deutschen Kapitalismus neben der Unmöglichkeit der Auswirkung des Imperialismus. Im ultralinken Tagesprogramm wird radikaler 'Abbau' der Steuern verlangt, das ist Lächerlichkeit, die auch die SPD. verläßt. Gegen die Wirtschaftskrise schlägt Rosenbergs in einer Reichstagsrede ein Unternehmerrecht vor: 'Erwort!' Man solle anstatt der imperialistischen Rölle die Vorkriegs-Erziehungs-jölle einföhren. Das ist ausgeprochenes Liquidatortum.

Thälmann: Die deutsche Bourgeoisie versucht ihren politischen Kurs im Gegensatz zu früher zu ändern. In Verbindung mit den Auswirkungen des Dawes-Palles versucht die deutsche Bourgeoisie ihre Widersprüche auszuweichen. Die bereits sich anbahnenden Wirtschaftskämpfe sind ein Zeichen einer steigenden Aktivität der deutschen Arbeiterklasse. Die kommunistische Partei ist die einzige Arbeiterpartei. Die diese linke Tendenz in der deutschen Arbeiterbewegung führen kann. Das Grundproblem, welches heute vor uns steht, ist die Frage der Loslösung der Arbeiter von der SPD. und der Gewerkschaftsbirokratie.

Zur Jugendfrage muß ich sagen, daß die Partei noch nicht die richtige Verbindung und das kollektive Zusammenarbeiten mit der Jugend hat. Die Jugend ist in manchen Fragen klarer und entschiedener auf die politischen Situationen reagiert, und wir müssen der Jugend gegenüber in ein föhleres Verhältnis kommen. Ich hoffe, daß die heutige Konferenz ein Fortschritt in allen Fragen der politischen Aufgaben der Partei sein wird.

## Schlußwort Dengel:

Abgesehen vom Genossen Rosenbergs haben die meisten Genossen meine Ausführungen angenommen. Es ist absolut richtig, daß die Genossen eine entscheidende Politik in der Gewerkschaft, wie überhaupt der praktischen Parteiarbeit vorsehen. In der gegenwärtigen Krise der deutschen Bourgeoisie, die Genosse Rosenbergs in ihr Gegenteil umkehren wollte, möchte ich sagen, daß sie ihre Ursachen in den Auswirkungen des Krieges und der Inflation hat. Die Inflation zerstört die Grundtendenzen des zirkulierenden Geldes in der deutschen Wirtschaft. Der Genosse Rosenbergs erkennt nicht, daß der Imperialismus die Form des modernen Kapitalismus ist. Proletariat, Rosenbergs! Auch in Finnland? Maltrakt auch in Finnland? Es ist doch geschichtlich, daß Finnland nicht stark genug ist, das amerikanische Kapital vom Markt zu verdrängen. Die Methoden des bänklichen und des amerikanischen Kapitalismus sind dieselben, nämlich imperialistisch. Wie steht es mit dem deutschen Imperialismus? Der imperialistische Charakter der deutschen Bourgeoisie äußert sich in einer bestimmten Politik im Inneren und in der Politik nach Außen. Dabei Genosse Rosenbergs in seiner Weltanschauung den deutschen Imperialismus in der letzten Zeit unterfaßt hat. Die Theorie des

Schlußwort über den Imperialismus, die der deutsche Arbeiter nicht praktisch anzuwenden vermag, gibt den kommunistischen Parteien die Grundlage der Politik aus gegenüber dem deutschen Imperialismus.

## Bericht der Kommission zur Untersuchung der politischen Kampfmethoden des Gen. Schölem

Mablatens: Die Kommission, die heute morgen gewählt wurde, trat zusammen und nahm den Bericht eines Vertreters des Volksbundes entgegen. Das Material wurde uns vom Volksbunde vorgelegt und zu diesem Material noch einige Zeugnisse gegeben. Die Aufgabe der Kommission bestand darin, in erster Linie die Methoden festzustellen, mit welchen der Gen. Schölem versucht, seiner politischen Meinung zum Durchbruch zu verhelfen. Der Genosse Schölem sollte es abtun, diese Stellung teilzunehmen und vertrat die Sitzung. Schölem hätte die Möglichkeit gehabt, anwesend zu sein, aber er hat sich nicht an der politischen Auffassung des Gen. Schölem angeschlossen. Aber was gegen sich die gesamte Partei verhalten muß, ist die Tatsache, daß man versucht, in einer Methode zu diskutieren, die nicht Ehrlichkeit und Parteiunabhängigkeit, sondern schamhaftes Benehmen darstellt. Drei Genossen haben am Morgen mit dem Genossen Schölem die Sitzung verlassen und zwar war es ein Vertreter aus Westfalen, Genosse Jans, ein Vertreter vom Mittelrhein, Neuhäuser, und ein Vertreter von Magdeburg, Besser. Neuhäuser erklärte, seine vollständige Verständigung mit der einstimmigen Entscheidung der Kommission so daß nur noch zwei Genossen, die mit dem Genossen Schölem herangekommen sind, diesen Beschlüsse nicht annehmen, während der eine Genosse, der wir Schölem bei Sitzungsraum verlassen hat, uns nachträglich seine volle Zustimmung zu dem Beschlüsse ausbrachte.

Genosse! Die Kommission legt Wert darauf, festzustellen, daß der Beschlüsse, wie er hier gefaßt wird, nicht bedeutet, daß die Vornahme organisatorischer Maßnahmen gegen (Ultras) eine bestimmte politische Meinung oder deren Vertreter, sondern sich nur wandert gegen die unklarer Methoden des Kampfes des Genossen Schölem gegen die Partei, gegen das Ull und gegen das J.R. Diese Erklärung bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte die Genossen, dem einstimmigen Beschlüsse der Kommission zuzustimmen.

## Erklärung des Vertreters der Exekutive

Im Namen der Delegation der Exekutive der Komintern, im Namen der auf der Parteikonferenz anwesenden Vertreter von fünf Parteien der Komintern bin ich gezwungen, folgende Erklärung im Falle Schölem abzugeben:

Parteidemokratie bedeutet die vollste Freiheit der Diskussion, das Recht jedes Genossen, im Namen der Parteiorganisation offen seine Meinung zu vertreten, es sei denn, daß diese Meinung im Widerspruch zu den Prinzipien des Kommunismus steht, wie es z. B. bei den menschheitlichen Auffassungen, Schölem's der Fall war. Die Parteiführung der Gruppe Waslow-Ruß-Flügel wurde von der Komintern gerade deshalb bekämpft, weil sie die Parteidemokratie aufhob, sie durch Unterdrückung aller abweichenden Meinungen und Maßnahmen gegen alle oppositionellen Genossen ersetzte. Der neue Kurs, auch die innerparteiliche Demokratie, den die kommunistische Partei Deutschlands eingeschlagen hat, bedeutet aber keinesfalls das Recht auf die Verschlagung der Parteibibliothek auf die Ausschöpfung der Autorität des J.R. auf Diskreditierung der kommunistischen Internationale. Es ist ein in der Geschichte der Parteitage und Parteikonferenzen unerhörter Vorfall, daß ein Genosse, in dessen Angelegenheit von der Parteikonferenz eine Kommission eingesetzt worden ist, anstatt den Gegenstand der Kommissionsverhandlungen zu klären, die Sitzung der Kommission verläßt, um die Arbeit der Kommission zu diskreditieren und Obstruktion auf der Parteikonferenz zu üben versucht. Wenn Genosse Schölem der Meinung war, die Kommission sei ihm gegenüber unrichtig verfahren, hatte er das Recht und die Pflicht, sich nach Bestimmung des Urteils an die Parteikonferenz und gegebenenfalls in letzter Instanz an die kommunistische Internationale zu wenden.

Obwohl er (Schölem) seit Frankfurt eine feindselige Politik gegen die Komintern trieb, wurde er als Mitglied des J.R. gelassen. Auch während des 10. Parteitag's erhob die Delegation der Exekutive gegen seine Wiederwahl keine Einwände. Bis zur letzten Möglichkeit hofften wir, daß der Genosse Schölem für die kameradschaftliche Mitarbeit zu gewinnen sei. Aber durch sein ganzes Verhalten, im besonderen seit dem 10. Parteitag zeigte er, daß diese Erwartungen völlig gescheitert sind. Daher billigt die Delegation der Exekutive vollkommen den Beschlüsse der gegen Schölem eingesetzten Kommission. Die Delegation der Exekutive wendet sich auf Grund des unerhörten Verhaltens des Genossen Schölem an alle Anhänger der ultralinken Strömung und warnt sie vor der Nachahmung parteischädlicher Methoden dieser Art, die nur die Partei desorganisieren und ihre Einheit zerstören können. Wir rufen alle ultralinken Genossen auf, wenn ihnen wirklich die Sache der Partei am Herzen liegt und wenn sie das Vertrauen zur Komintern haben, sich allen Beschlüssen der Parteikonferenz zu unterordnen und dadurch ihre Loyalität gegenüber der Partei und der kommunistischen Internationale zu beweisen. Wir halten es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß diejenigen, die weiter den Weg gehen würden, den Schölem beschritten hat, Gefahr laufen würden, sich gewollt oder ungewollt von der Partei und der Komintern zu entfernen. (Bravo, lebhafter Beifall.)

Der von der Schölem-Kommission geforderte Beschlüsse wird gegen 26 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

## Die Parteeoffensive

Gen. Weichte: Die Aufgaben, die durch den Em-Brief bei der deutschen Partei gestellt wurden, können nur erfüllt werden, wenn mit dem bisherigen Zustand der Partei gebrochen wird. Wir wissen z. B., daß die SPD wirtschaftliche Anleihen im Ausland aufnehmen mußte, um ihre Arbeit fortsetzen zu können. Alle geschäftlichen Unternehmungen haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Aus der Anfallzeit führen in vielen Bezirken Verhandlungen an die Partei her. Die Zeitungsberichte die unbeherrschten Strafen usw. haben ferner die Partei befallen. Die Prozesse allein haben über 250.000 Mark gekostet. Es wurden ferner der Partei Maßnahmen ergriffen, um den Geschäftsverkehr der Bezirke zu regeln. Jeder Bezirk ist für sich selbst verantwortlich, was in jedem Bezirk geschieht, auch für die Geschäftsföhrtung.

In Anbetracht der Verhältnisse stellt sich die Partei gezwungen, sich an die Mittelklasse und finanzielle Unterstützung zu wenden.

Gen. Weichte gibt dazu ergänzende Angaben über die finanzielle Lage der Partei. Die SPD wird ein Geheul über unseren 'Bankrott' anheben, aber es ist keine Schande, wenn wir unsere wirtschaftliche Not eingestehen — ein Ausdruck der allgemeinen wirtschaftlichen Depression. Trotz Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Not, die auf unsern Mitgliedern lastet, müssen wir an unsere Mittelklasse appellieren.

Die Vor schläge der J.R. zur Behebung der finanziellen Not werden ohne Diskussion angenommen.

# Der Reichsschulgelebenswettbewerb im Lichte der Pädagogik

Von einem Schulfachmann wird uns geschrieben:

Der § 5 des Reichsschulgelebenswettbewerbes charakterisiert den Geist, der das öffentliche Schulwesen Deutschlands beherrschen soll, und gibt jedem, der nur sehen will, zu erkennen, daß nicht pädagogische und psychologische Grundsätze, sondern kirchliche und theologische Gesichtspunkte und Interessen die alleinige Richtschnur abgeben sollen.

Dem „Geist des Bekenntnisses“, von dem die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen getragen sein soll, ist nichts anderes als die Uebermittlung des Kirchenlehre, die sich auf eine zusammenhängende Darstellung der sogenannten Weltgeschichte und die Einführung in die Weltanschauung des Bekenntnisses charakterisieren. Die Dogmen aber sind aus reinen kirchlichen Bedürfnissen entstanden und sind wahrlich nicht für den gemeinen Mann geschaffen und verständlich, noch weniger für ein Kind. Sie liegen jenseits der kindlichen Erfahrungen wie jenseits des kindlichen Verständnisses. Ihre logisch-begrifflichen Formulierungen führen erfahrungsgemäß kaum zu einer Erschließung des Wortsinnes; mühsam werden sodann noch einige Beispiele herangeschleppt und so die Naturlichkeit eines auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Lehrverfahrens in ihr Gegenteil verkehrt, indem die Unterweisung vom Abstrakten zum Konkreten, vom Begrifflichen zur Anschauung und Erfahrung, vom Schweren zum Leichten fortgeschritten, und damit allen elementaren psychologisch begründeten und praktisch erprobten Grundsätzen der Pädagogik Sohn ist.

Aus dem § 5 geht ferner mit aller Deutlichkeit hervor, daß dieser Religionsunterricht zu einer Ueberfülle an Lehrmaterial führen muß, zu der das Bekenntniswort „Mein Gott ist sanft und meine Last ist leicht“ in einem merkwürdigen Kontrast steht. Durch eine mühselige Memorierarbeit werden die Kinder gequält und gepeinigt, und über ihre Schulzeit durch den toten und niederdrückenden Ballast ein früher Schalten geworfen, der als Resultat nur das erzielen kann, was der vorurteilslose Pfarrer von Bremen, Dr. Kallhoff, in den Worten zum Ausdruck bringt: „Männer und Frauen stimmen darin überein, daß, wenn sie die Stunden nennen sollen, die ihnen aus ihrer Jugend als die verlorensten in der Erinnerung geblieben sind, sie die Religionsstunden nennen.“

Die dogmatische Gestaltung des Unterrichts bringt die Schule auch in einen kaffenden Widerspruch zu der heute herrschenden wissenschaftlichen Naturerkenntnis. Denn die Dogmen sind im Laufe der Jahrhunderte unberührt von der Entwicklung geblieben. Was aber vor Jahrhunderten als etwas Uebernatürliches und Wunderbares gehalten wurde, ist uns jetzt auf natürlichem Wege erklärbar. Konfessions- und Entwicklungsgedanke haben ihren Sitzzug durch die ganze Welt angetreten und haben auch in der Auffassung über religiöse Probleme entscheidende Wandlungen hervorgerufen: diese in der Erziehung ignorieren, heißt nichts anderes, als die Schule zur Lüge verdammen. Dann tritt der Zustand ein, daß in der Schule die dogmatische Auffassung vom Leben beherrscht, die auf dem Wunder aufgebaut ist und auf dem Glauben an eine das natürliche Geschehen und in natürlichem Zusammenhang durchbrechende Almacht, während

im Leben und in der Umgebung der Kinder eine nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Naturwissenschaft überall entgegentritt: Es lehrt den ununterbrochenen Zusammenhang von Ursache und Wirkung in allen Geschehen, es lehrt den Entwicklungscharakter, der überall im Leben ein Aufsteigen von niederen zu höheren Bildungsformen feststellt; es lehrt sich selbst erkennen als das Produkt einer unendlich langen Entwicklungsreihe und lernt das menschliche Leben betrachten als auf biologischer Grundlage sich fortsetzenden Prozeß. Dadurch muß in der Erziehung ein unerträglicher Dualismus erzeugt werden, den Kinder erfahrungsgemäß gefühlsmäßig sehr rasch erfassen, für den sie aber nicht reif genug sind, ihn zu einer harmonischen Auflösung zu bringen.

Der Entwurf des Herrn Gülich ist das Diktat einer wahrheits- und lebensfeindlichen Orthodoxie, die, um der Befürchtung willen, daß es bald einmal hell werden könnte in den Köpfen des Volkes, und daß damit ihre schwarze Herrschaft zerbricht, sich verbündet mit der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Reaktion. Die Arbeiterkassen wird dieses Zeichen der Zeit zu deuten verstehen und sich sammeln unter dem Ruf nach voller Weltlichkeit der Schule.

## Schlesische Rundschau

**Waldenburg.** (Aus Furcht vor Entlassung in den Tod.) Einen charakteristischen Ausgang nahm eine Schwarzfahrt, die der Chauffeur Prenz mit dem Auto eines Holzhändlers unternahm. Gegen 4 Uhr morgens, am Sonntag, fuhr er mit dem Auto in einen aufgelassenen Graben in der Nähe der Kreuzgrube. Da ihm das unerlaubte Fahren mit dem Auto verboten worden war, nahm sich der noch junge Chauffeur den Vorfall so zu Herzen, daß er sich mit einem Revolver einen Brustschuß beibrachte. Da der Schuß wohl nicht die erwartete tödliche Wirkung hatte, richtete er den Revolver noch einmal gegen seine Schläfe. Auch diese Wunde war nicht sofort tödlich, doch ist der Zustand so ernst, daß eine Rettung ausgeschlossen erscheint. Das Auto hat wohl Beschädigungen erlitten, doch konnte es bald wieder flott gemacht werden. Die Insassen des Autos kamen mit dem Schrecken davon.

**Schweditz.** (Feuer.) Ein Raub der Flammen wurde in Nieder-Bogendorf eine Feldscheune, die große Mengen Stroh und landwirtschaftliche Maschinen enthielt. Das Feuer war durch Fahrlässigkeit entstanden. Der Arbeiter Robert Michler hatte auf dem Rücken ein Feuerzeug, um sich auszuruhen. Vor Eintritt des Feuertodes rauchte er. Dabei ist glühende Asche in das Stroh gefallen, das schließlich in Brand geriet. Es wurde festgenommen.

**Banzlau.** (Wiedergefunden.) Durchsicht und durchforsten, ohne Oberkleider und barfuß aufgefunden wurde in Forst die geistlich ant. Witwe Scholz aus Ober-Lechen. Sie war als Vermisste tagelang gesucht worden. Wo sie überall umhergeirrt ist, vermag sie nicht anzugeben.

**Herrsdorf (städtl.).** (Ein furchtbarer Selbstmord.) Hoch oben in der Klette, in einem auf dem logenannten Hüttenbügel gelegenen kleinen Häuschen erhängte sich in einem Anfall von Schwermut der Arbeiter Josef Bürgel. Er hatte die Wohnung mit einer gelähmten Frau inne, die ihn zu keinem Vorhaben nicht zu hindern vermochte. Infolge der

Abliegenheit des Hausmanns verging 9 Stunden, ehe Nachhelfer herbeikam und die Frau von den furchtbaren Umständen befreite.

**Ottlau.** Einen schweren Motorradunfall erlitt ein hiesiger Kraftfahrer, der in der Dunkelheit bei Koppitz mit einem unbeschilderten Wagen zusammenstieß. Der Radfahrer ließ den Schwerverletzten liegen. Erst nach einigen Stunden wurde der Verunglückte gefunden und dem Falkenberger Krankenhaus überstellt.

**Oppers.** (Totgeschick.) Auf dem Bahnhof Mala wurde ein geriet der Schaffner Stenzel beim Bestiegen einer Wagen. Bei dem dabei erlittenen schweren Verletzungen ist er am Montag erstarb. Der Tote hinterläßt eine Frau und sieben Kinder, die zum dem größten Elend ausgebeugt sind.

**Olebsch.** (Das Wohnungsenb wächst.) Die Einwohnerzahl der Stadt Olebsch hat wieder eine Vermehrung zu verzeichnen. Im abgelaufenen Monat hatte sich die Einwohnerzahl von 81 798 auf 82 164 erhöht.

(Schwere Folgen.) Bei einer Schlägerei in einem Lokal auf der Dahnhoferstraße wurde ein Arbeiter schwer verletzt. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Verantwortlich für den gesamten Text: Kurt Erbe, Breslau, für die Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesiße Verlags-Gesellschaft, O. u. S. Breslau. Druck: Neubauer-Berlin, Druckereistalle Breslau.

# Sparen heißt Verdienen!

## Blauband

statt Butter essen heißt bei jedem Pfund Mk. 1.50 verdienen.

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

## Schauspielhaus

Operettenbühne  
Telephon Ring 2545

Jäglich 8 Uhr  
Auftreten Walter Jankuhn

# Wiener Blut.

Sonnabend, d. 21. Nov. 8 Uhr  
Gastspiel Elli Leux  
Aufführen Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung  
Zum ersten Male

# Der Orlow

## Lieblich-Theater

Telephon Ring 1E 45

Monat November 8 Uhr  
Zum 1. Male in Europa!  
**Adrian Singels**  
**10 Elefanten**  
Brüder Kigoletto u. Schwestern - wanon in ihrer amerikanischen Schau

Lobetheater	Thalia-theater
„Das Apostelhotel“ und „Lactium“ Montag, 16. 11., 8 Uhr	Max Pollenberg „Die Dampfmaschine“ Montag, 16. 11., 8 Uhr
„Das Apostelhotel“ und „Lactium“ Dienstag, 17. 11., 8 Uhr	Max Pollenberg „Die Dampfmaschine“ Dienstag, 17. 11., 8 Uhr
„Don Karlos, Infant von Spanien“ Mittwoch, 18. 11., 8 Uhr	Max Pollenberg „Zum 1. Male „Rebelle““ Mittwoch, 18. 11., 8 Uhr
„Don Karlos, Infant von Spanien“ Donnerstag, 19. 11., 8 Uhr	Max Pollenberg „Familie Schimel“ Donnerstag, 19. 11., 8 Uhr
„Don Karlos, Infant von Spanien“ Freitag, 20. 11., 8 Uhr	Max Pollenberg „Die Dampfmaschine“ Freitag, 20. 11., 8 Uhr
„Zum 1. Male „Die grüne Flöte““ Sonntag, 22. 11., 8 Uhr	Max Pollenberg „Familie Schimel“ Sonntag, 22. 11., 8 Uhr
„Der Kreidekreis“ Sonntag, 22. 11., 3 Uhr	Max Pollenberg „Rebelle“ Sonntag, 22. 11., 3 Uhr
„Die grüne Flöte“ Sonntag, 22. 11., 8 Uhr	Abschied Max Pollenberg „Rebelle“ Sonntag, 22. 11., 8 Uhr
„Die grüne Flöte“ Montag, 23. 11., 8 Uhr	„Zum 1. Male „Rabale und Liebe““ Montag, 23. 11., 8 Uhr

## Radio-Haus

Wachtplatz  
Friedr. Wilhelmstr. 16  
Tel. Ohle 5488  
und Filiale I  
Hohrauer Straße 8  
Ede  
Gustav-Freytagstr.

**PEUVAG**  
Papier- Erzeugungs- und Verwertungs- Aktien- Gesellschaft  
Berlin

Filiale Breslau  
Trebntzer Str. 50

Abteilung  
Buchdruckerei

Wir stellen hier  
die billigsten  
Programme  
Eintrittskarten  
Briefbogen  
Plakate  
Rechnungen  
Flugblätter  
in allen  
Druckarten  
für  
Private, Vereine  
und Behörden

## Schuh-Herz

Blücherplatz Nr. 4

# Berufs-Bekleidung

Schwere Hamburger Ware  
Samt-, Pilot- u. Manschetten-  
Hosen mit Schnitt und Latz  
für Maurer und Zimmerleute  
Del-Mäntel, Del-Jacken und  
Del-Peterinen

Breslau 10, Roßpl. 28  
(Benderplatz)

Geben erschien  
**Bölle und Feuerung**  
Brochüret 32 Seiten  
nur 30 Pfg.

„Inhalt“  
Rolle der Bölle im  
deutschen Kapitalis-  
mus / Entwicklung  
der deutschen Bölle  
bis 1925 / Die Luther-  
bölle / Wirkungen der  
Bölle / Stellung der  
völlerischen Parteien /  
Hollkomprobiß / Ein-  
schränkungen / Feuer-  
ung auf der ganzen  
Linie / Wie d. Luther-  
Regierung die Feuer-  
ung „bekämpft“ /  
Kampf der Böllen /  
Kampf der Feuerung.

Zu beziehen  
durch alle Literatur-  
abteiler oder durch  
Proletarische Literatur-  
Vertriebsstelle Schlesia  
Max Schöcher  
Breslau 10  
Trebntzer Straße 50

## Abonnements

### auf unsere Parteiliteratur

sind für unsere Funktionäre sehr vorteilhaft denn sie erhalten diese unaufgefordert bei monatlich Abrechnung porto frei zugestellt

**Unter allen Umständen**  
sollte jeder Funktionär heute sein Abonnement bei unterzeichneter Stelle anmelden:

**Die Internationale.** Zeitschrift für Praxis u. Theorie des Marxismus. Preis 50 Pf.

**Die Internationale Presse-Korrespondenz** für Politik, Wirtschaft u. Arbeiterbewegung. Erscheint wöchentlich. Preis 20 Pf.

**Die Kommune.** Zeitschrift für kommunistische Kommunalkolitik. Monatlich Preis 20 Pf.

**Der Parteiarbeiter.** Erscheint ab 1. Okt. wöchentlich. Preis 10 Pf.

**Das Gewerkschafts-Bullethin.** Preis 10 Pf.

Zuschriften sofort an die  
**Proletarische Literatur-Vertriebsstelle Schlesia**  
Max Schöcher, Breslau 10, Trebntzer Straße 50

## Stadt-Theater

Telephon Ring 1254 u. 6815

**Chielplan vom 15. bis 22. Nov.**  
Sonntag, den 15. Nov., vorm. 11 Uhr  
3. (musikalische) Morgenfeier  
**„Metoplasmanes“**  
Länge nach Kompositionen von Borodjin  
Debussy, Mac-Dowell, Riemann, Regner,  
Scott, Tschaikowsky und Wexley)  
abends 7 Uhr  
**„Les petits riens“**  
Piccini  
Montag, den 16. November, abds. 8 Uhr  
**„Les petits riens“**  
Piccini  
**Der Bajazzo**  
Dienstag, den 17. November, abds. 6 1/2 Uhr  
Gastspiel Kammerfänger Richard Schubert  
von der Staatsoper in Wien  
**Die Meisterfänger von Nürnberg**  
Mittwoch, den 18. November, abds. 7 1/2 Uhr  
6. Vorstellung im Abonnement  
**„Le Traviata“**  
Donnerstag, den 19. Nov., abends 7 1/2 Uhr  
Gastspiel Kammerfänger Richard Schubert  
von der Staatsoper in Wien  
**Kannibalen**  
Freitag, den 20. November, abends 7 1/2 Uhr  
**„Gemma“**  
Sonnabend, den 21. Nov., abds. 7 1/2 Uhr  
**„Les petits riens“**  
Sonntag, den 22. Novemb., abds. 7 1/2 Uhr  
7. Vorstellung im Abonnement  
Prof. Engelmann

Barbette  
Das Wunder am  
Drabkeil und Crapex  
**Alex Slamer**  
Der lächerliche Komiker  
**Elli und Käbi Bitter**  
Prima-Ballerinen  
vom Palace-Theater  
New-York  
**Karl Edler**  
Derrätische Redner  
**André und Théa**  
Exzentrisch - akrobat.  
Tanzkunst  
**Arthur Klein**  
-Familie  
„Das explodierende  
Motorrad“  
**Will Cumm n**  
Komischer Jongleur  
**Werner**  
**Amoros - Comp.**  
Ein phantastischer  
Studentenauk

# Schuhhaus Willy Heinemann, Striegau

Empfehltes reichsortiertes Lager in sämtlichen Schuhwaren, zu bekannt billigsten Preisen  
Alleinverkauf der Salamander-Schuhe / Alleinverkauf der berühmten Dr. Diehl-Schuhe

**Lokales**

**KARL LIEBKNECHT**

Wola Luxemburg und viele Tausend sind tot. Max Schatz und viele Tausend sitzen im Kerker. Genosse, Du wirst heute noch Deine erste „Partei in Rot“-Marke bezahlen.

**Was wird mit den 23.000 Erwerbslosen in Breslau**

Der Hungerwinter steht vor der Tür. Die Zahl der Erwerbslosen wächst von Woche zu Woche. Immer größer wird die Not. Es fehlt an warmer Kleidung, Kohle, Holz, es fehlt das Nötigste, um vor bitterster Kälte und Hunger geschützt zu sein. Die paar Mark Unterstützung reichen nicht hin und her. Die letzten Markstücke sind ins Wandhaus getragen worden. Tausende Familien sind in verzweifelter Lage.

Die kommunistische Fraktion im Stadiparlament hat daher folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, allen Erwerbslosen, die länger als drei Wochen arbeitslos sind, sofort eine Beihilfe zu zahlen wie folgt:

- Für den verheirateten Ehepartner 25 M.
- Für die Ehefrau 15 M.
- Für jedes Kind 5 M.

Bedürftige Erwerbslose, auch solche, die im Haushalt der Eltern leben, eine Unterstützung von 30 M. sofort zu zahlen. Die Mittel, in Höhe von 400.000 M., gehen zu Lasten des Jahresbudgets 1925.

Dieser Antrag sollte am kommenden Donnerstag zur Beratung kommen. Nun fällt die Stadtverordnetenversammlung aus und die Erwerbslosen können wiederum warten.

Die gesamte Arbeiterklasse in Breslau muß die Forderungen nach sofortiger Hilfe für die Erwerbslosen unterstützen und ihren Einfluß dahin geltend machen, daß der Antrag der kommunistischen Fraktion in der nächsten Sitzung des Stadiparlaments angenommen wird.

**Becklagnahme der Handlaken im Falle Rosen**

Die Kriminalpolizei hat im Auftrag der Staatsanwaltschaft die Handlaken des Verteilers und des Briefträgers Stad am Montag beschlagnahmt.

Der Rechtsanwalt des Angeklagten hat beim Vorhandensein der Anwaltskammer gegen die Maßnahme protestiert.

Obwohl eine solche Becklagnahme eine brutale Verletzung der Rechte des Angeklagten und des Verteidigers bedeutet, bemüht sich die bürgerliche Presse in Breslau bereits, durch „Rechtsgründchen“ den Nachweis zu erbringen, daß eine solche Becklagnahme zulässig ist.

Die Dienstfirma ist der Ansicht, daß die Verletzung der elementarsten bürgerlichen Rechtsgründe ist rechtlich gerechtfertigt.

**Rote Hilfe-Werbetag im Bezirk Ost**

Sonntagmorgen, 7 Uhr. Frühauflöser beginnen das Werk. Die Genossen werden herangeführt zur Arbeit. Um 9 Uhr ist alles versammelt. Draußen Regen, Schnee, Wind. Die Genossen: prächtvoll, arbeitsfreudig, begeistert, bereit, für die Rote Hilfe zu werden. Jeder einzelne weiß, um was es sich handelt: es soll durch die bevorstehende Agitation den gesangenen Brüdern und deren Familien geholfen werden. Dieses Bemühen bringt alle Kräfte der Genossen zur vollen Entfaltung. Sehr schnell sind Zeitung und Broschüren vergriffen. Neues Material wird angefordert. Eifrig ist alles dabei, Mitglieder für die Rote Hilfe und Abonnenten für unsere neue Zeitung „Der Rote Helfer“ zu gewinnen. Hocherfreut wird von den ersten Erfolgen berichtet.

Am zwei Uhr ist die Arbeit fast beendet. Später erscheinen dann die Radfahrer, die es übernommen hatten, die Berichte von Breslau zu bearbeiten. Durchgestoren und nah kommen sie an, aber doch strahlen die Gesichter vor Freude und Begeisterung. Auch sie haben ganz ausgezeichnet geholfen.

Der Erfolg des Werbetages war ein sehr guter:

21 neue Mitglieder

10 Abonnenten

wurden gewonnen; fast 90 Mark sind durch Sammlungen und Broschürenverkauf aufgebracht worden. Allen tätigen Genossen gebührt unsere Anerkennung. Die Sammlungen und Spenden aber mögen sich daran ein Beispiel nehmen.

Das gute Ergebnis soll uns ein Ansporn zur weiteren Arbeit für die „Rote Hilfe“ sein.

**Feuer in der Dordorfer Schuhfabrik**

Die Feuerwehr berichtet: Noch mit Vöscharbeiten beschäftigt, wurde am Montag die Feuerwehr kurz nach 5 Uhr nach der Schuhfabrik Dordorf, Keulicher Weg, alarmiert. In einem im dritten Stock gelegenen Modellraum brannten große Haufen Abfallleder und Strohballen. Das Feuer wurde mit einem über das Treppenhaus und einem über die Magistrateur vorgegenommenen Schlauchgange gelöscht. Der Angriff war durch die starke Qualmentwicklung sehr behindert. Sachschaden ist kaum verursacht worden, insbesondere konnten die dort aufgestellten Maschinen vor Beschädigung bewahrt bleiben. Entstanden ist das Feuer wahrscheinlich durch Selbstentzündung, da die Lederabfälle unmittelbar auf den Heizrohren der Zentralheizung lagen. Kurz vor 7 Uhr konnte die Feuerwehr wieder nach den Wagen abziehen.

**Sozialdemokratie und Revolutionsfeier**

(Arbeiterkorrespondenz)

In Nr. 262 der „Volkswacht“ las ich zu meinem größten Ersauern die Überchrift: Haupttag der Revolution. Die „Volkswacht“ hat über den Revolutionsfeier, eine derartige Ueberschrift zu schreiben, da sie nur die überzeugten Sozialisten verhöhnt und verspottet. Nach meiner Meinung war in Deutschland überhaupt keine Revolution, die es hätte ganz anders ausfallen müssen, da wären die Voraussetzungen nicht so hoch geworden. Hat man in der Hauptsache von Schlehen und überhaupt in ganz Schlehen etwas von der Revolution gerechtfertigt? Ich sage nein und abermals nein. Wer hat denn die Revolution nach Strich und Faden mit allen Mitteln bekämpft? Die sozialdemokratische Führung, die die Arbeiter mit ihrer geistigen Waffe um die Fichte geführt haben? Die Marxisten Ludendorff und Konrad erfernen nur die Machtergreifung als ihre geistige Waffe an. Ich habe schon von verschiedenen Sozialdemokraten von heute gehört, daß sie es bereuen, die Revolution bekämpft zu haben. Und warum bereuen es diese Leute? Weil es jetzt selbst um ihren

**Die Kommunisten für Wohnungsbau und für Bekämpfung der Kindertuberkulose**

Die Bürgerlichen und SPD. lehnen ab. — Uebereignung der Waldheimstättenbaracken in Weißstein und Dittersbach.

In mehreren Sitzungen beschäftigte sich der Ausschuss des Landtages diese Woche erneut mit den Fragen der Wohnungsnot sowie Bereitstellung von Krediten an den gewerblichen Mittelstand für die gesamten Ostprovinzen.

Zur Behebung der Wohnungsnot war vom Unterausschuss nach Ablehnung der von den Kommunisten geforderten festschen Summen eine Formulierung getroffen worden, die das Staatsministerium überhaupt zu nichts verpflichtete. Von der kommunistischen Fraktion stellte Genosse Schulz (Waldenburg) hierzu sofort einen Änderungsantrag, der verlangt, daß zunächst

50 Millionen Mark

zum Bau neuer Wohnungen bereitgestellt werden. Im Falle der Annahme sollen diese Gelder nicht für den privaten, sondern nur für den kommunalen Wohnungsbau Verwendung finden. Auf die Einwendungen bürgerlicher Abgeordneter, denen diese Summe zu hoch war (Hörtl, Hörtl), erwiderte Genosse Schulz, daß mit Hilfe dieser 50 Millionen Mark kaum 5000 Wohnungen hergestellt werden könnten. Was bedeutet diese Zahl für sämtliche Ostprovinzen, von Ostpreußen bis Oberschlesien, wenn schon jede größere Industriegemeinde 3- bis 4000 Wohnungslücken aufzuweisen hat?

Aber Deutschnationale bis zu den Sozialdemokraten lehnten diese leibhaftigen Forderungen ab. Damit ist also die gesamte Unterhändlungsaktion zur Behebung der Wohnungsnot für den Osten zunächst ein für allemal damit abgetan.

Dieselben Leute von Dollasowik bis Samburg, die gar nicht schnell genug die Kredite für die Waldenburger Industrie unterbringen konnten, lehnten seinerseits einen Antrag der Kommunisten ab, der die Enteignung des dem Fürsten von Hohenhausen in Schwanenfeld gehörende Schloss verlangt, um es zu einem Kinderheim umzuwandeln. Trotzdem das Schloss, in dem sich

über 100 Zimmer

befinden, schon jahrelang leer steht, wurde von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten die Zustimmung zu dieser Enteignung verweigert.

In einem andern Falle jedoch wurde ein kommunistischer Antrag, der von der Staatsregierung verlangt, beim Reicheshaus in Waldenburg für die in Weißstein bei Waldenburg vom Waldheimstätten-Zweckverband benutzten Baracken demselben kostenlos übereignet werden, angenommen.

Ebenfalls als Ergebnis der von den Kommunisten gestellten Anträge betr. Bekämpfung der Tuberkulose usw. sind jetzt von der Regierung 40.000 Mark, ferner vom Verein für Lungentuberkulose 2.000 Mark für Waldenburg zur Verfügung gestellt worden. Dies ist in Anbetracht der den Bergindustriellen verprochenen Summen natürlich nur ein Betrag. Genosse Schulz hob hervor, daß wir Kommu-

antien durch die Notstandsaktion für Waldenburg und überhaupt für das Ostgebiet nicht für abgetan betrachten.

Für die sofortige Ueberweisung der Gelder an die Waldenburger Behörden lehnten sich alle Parteien ein.

Im Landtag stellten am 13. November die Abgeordneten Schulz (Waldenburg), Jendrysch, Mordke und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion nachstehenden Antrag:

Zur Bekämpfung der Lungentuberkulose unterhält die Gemeinde Dittersbach bei Waldenburg eine Lungensanatorium Waldheimstätten. Die Baracke, die als Unterkunftsraum den Kindern dient, ist eine ehemalige Militärbaracke und gehört noch jetzt dem Reich.

Wir beantragen daher, der Landtag wolle beschließen, beim Reich dahin zu wirken, daß die dem Reich gehörende Baracke der Gemeinde Dittersbach kostenlos übereignet wird.

In geradezu marktschreierischer Weise haben sich bei den Beratungen der Anträge, die sich auf die Notstände im Waldenburger Gebiet bezogen, die Abgeordneten des Zentrums, der Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen hervorgetan, um der arbeitenden Bevölkerung Waldenburgs zu beweisen, wie ein weltes Herz sie für dieselben hätten. Im engsten Bunde fanden sich Zentrum und Sozialdemokraten, um gegen die Kommunisten, besonders aber gegen den Genossen Schulz (Dittersbach) zu hetzen. Diese Gesinnungsgemeinschaft ging sogar so weit, daß die sozialdemokratische „Wegwacht“ dem „Nachwächler“, Herrn Zentrum Abgeordneten Lange aus Dittersbach, ihre Spalten zur Seite gegen die Kommunisten zur Verfügung stellte. Die Fiktivität, die dabei der kommunistischen Partei zugebracht waren, sind ja nur in der Zwischenzeit von der Arbeiterklasse an diese Leute selbst zurückgegeben worden.

Aber in nachstehendem Antrag, den der Zentrum Abgeordnete Lange der Koalitionsfreunde der Sozialdemokratie, im Landtag einbrachte, zeigt sich die ganze erbärmliche Heuchelei des Zentrums, das angeblich die Interessen der Mieter wahrnehmen will. In dem Antrag heißt es:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, umgehend eine Verordnung zu erlassen, dahingehend,

1. daß freierwerbende Wohnungen bei nachgewiesenem Bedarf dem Hausbesitzer selbst zustehen;
2. daß weiterhin verarbeitete Familienangehörige des Hausbesitzers vor anderen Wohnungsluchenden das Vortrecht haben.

Damit will dieses famose Herrchen, der Herr Lange nichts mehr und nichts weniger, als eine indirekte Umgehung der Wohnungszwangswirtschaft. Das möchte diesen Leuten so passen! Arbeiter Schlesiens, gebt diesen Heuchlern am 29. November die gebührende Antwort. Geht restlos zur Wahl. Gebt eure Stimme der Partei, die gezeigt hat, daß sie eure Interessen vertritt!

Klagen geht? Im Dolchstoßprozeß haben es die Arbeitervertreter selbst gesagt, daß sie keine Resolution haben wollten.

Welche Gruppe hat denn das weitere zweifelhafte Morden herbeigeführt? Die blauen Jungen und ich sage Hut ab vor den revolutionären Mäxchen. Nun will ich noch bemerken, daß ich noch nicht ein einziges Mal in der „Volkswacht“ gelesen habe, der christliche Kämpfer Liebknecht und Wola Luxemburg, die sich fürs Volk haben ermuntern lassen, müssen geschert werden. Und so war ihrst vom Oedenritag der Revolution.

Anmerkung der Redaktion: Der Befasler, der er zu spät ist ein jetzt parteiloser Arbeiter, der von 1905 bis 1918 der SPD. angehört hat.

**Umschlüsse an das Elektrizitätswerk**

Das Presseamt berichtet: Gegenüber Irigen in der Öffentlichkeit verbreiteten Aufstellungen teilt die städtische Betriebsdeputation mit:

Die städtischen Elektrizitätswerke untercheiden zwischen Hausanschluß und Verbindungsleitung. Der Hausanschluß ist die Kabelleitung, welche von den Straßenabeln ins Haus führt und mit der Hausanschlußleitung endet.

Die Verbindungsleitung ist diejenige Leitung, welche von der Hausanschlußleitung ausgehend zu den Wohnungen und gewerblichen Anlagen führt und an Elektrizitätszähler dieser Anlagen endet. Der Hausanschluß wird nur von den Elektrizitätswerken hergestellt und bleibt nach dem Stromlieferungsbedingungen stets deren Eigentum; die Unterhaltungsarbeiten für den Hausanschluß liegt bei den Elektrizitätswerken. Gleichgültig ist hierbei, ob die Kosten des Hausanschlusses gar nicht oder zum Teil oder ganz von dem Besteller getragen worden sind und weiterhin, ob dieser Besteller der Hauswirt oder ein Mieter war. Hiernach können die Elektrizitätswerke die Mietherhebung eines Hausanschlusses durch einen späteren Stromabnehmer nicht von der Genehmigung des Bestellers des Hausanschlusses abhängig machen, oder verlangen, daß eine anteilige Gebühr an dieses entrichtet wird. Anders liegt es bei der Verbindungsleitung. Hier behalten die Elektrizitätswerke nach Bezahlung ein Eigentumsrecht nicht. Sie haben nach den Stromlieferungsbedingungen nur das Recht, Abzweigungen von ihr zu anderen Entnahmestellen desselben Gebäudes, soweit die Leitung nach dem Ermessen der Elektrizitätswerke hierzu ausreicht, ohne Entschädigung des Eigentümers zu machen. Hierdurch soll ermöglicht werden, daß einem Strombedürfnis sofort Rechnung getragen werden kann. Die Elektrizitätswerke haben es jedoch jederzeit für richtig erachtet, daß der neue Anschlußnehmer dem Eigentümer Anteilkosten der Verbindungsleitung zahlt. Nach den angeführten Stromlieferungsbedingungen sind die Elektrizitätswerke aber nicht in der Lage, einen diesbezüglichen Zwang auf den neuen Stromnehmer auszuüben. Sie müssen es vielmehr dem Eigentümer selbst überlassen, seine Ansprüche an jenen unmittelbar geltend zu machen. Sie waren und sind aber jederzeit bereit, die Anteilskosten festzustellen.

Brieg. Der Reichshof. Während einer Zeit, wo Hunderte von Familien gar keine Wohnung haben, zusammengedrückt oder in feuchten elenden Kellern kampieren müssen, streifen die Parteiführer in dem schönen Hause in der Dordorfstraße, Ecke Kleinstraße in Breslau. Die Frau eines Ge-

amten betreibt in diesen Räumen eine Gastwirtschaft bis 1. April dieses Jahres und ein Schild zeigt an: „Ab 1. April geschlossen.“

Nach und nach gewinnt man den Eindruck des Verfalls, wenigstens äußerlich und kommt man zur Auffassung, wie kann aus dem Reichshof der größte Wohnsitz dieses Raumes, der mehrere Familien Wohnung geben würde, leerstehen und der Verfallung anheimgelassen? Wenn, wie angegeben, die Bewohner des Reichshofs, die Provinzial-Heil- und Vilegeantalt Brieg die Räume selbst benützt, so muß man doch fragen: wozu? Die Räume selbst benützt, einen Teil der Menschheit erst in Not und Elend, in diesem Falle durch das Wohnungsbedürfnis so bringen, um sich dann besser als Wohlthäter der Menschheit hinstellen zu können. Zur Kriegszeit veränderten die Wärfen: Je größer die Not, desto größer auch dann die Liebe. Wir danken für diese Art Liebe, die von denen kommt, welche die Not hervor schaffen. Wie wissen von der Not, alle leben die schwach bewohnten Paläste, alle wissen von den überfüllten Kellern und alle sehen die leeren Räume des Reichshofes in Brieg. Wie lange noch?

**Briefkasten**

**Notiz.** Angelegenheit hat kein öffentliches Interesse. **Sammler.** Beleghe. **Ein Schäfer.** Ohne Unterlagen können wir den Artikel nicht veröffentlichen. **Schloms.** Clausenstraße. Artikel mußte abgelehnt werden.

**Parteiveranstaltungen**

- Breslau.
  - Bez. West. Freitag, 20., Mitgliedervert., 7 Uhr, Blauw. Saal. Bericht von der Reichstagsferenz. Komm. Wahlen.
  - Bez. Zentr. Am 20., 7 1/2 Uhr im Zentr. H. Antonenstr. Bericht. Schluß. Zeitungsbil. eingel. Punkt 1/2 Std. früher.
  - Bez. Nord-Ost. Sonnabend, den 21., abends 7 1/2 Uhr, bei Kleinert, Fischstraße 6. Sprechstunden aller notwendig.
  - Bez. Nord-Ost. Sonntag, den 22., vorm. 9 1/2 Uhr. Schildt jeder Genosse seine Kinder zur Alerungshunde nach Fischstraße 6, bei Kleinert.
- Verg.
  - Donnerstag, den 19., abends 8 Uhr, im „Reichshof“, Mitgliederversammlung. Thema: Reorganisation. Ref. der Zentrale anwesend.

**Kommunistischer Jugend-Verband**

Breslau. Donnerstag, den 19., abds. 7 1/2 Uhr, außerordentl. Mitgliederversammlung im Roten Löwen, Kupferstraße 18.

**Roter Frontkämpfer-Bund**

Breslau. Rote Frauenliga. Sonnabend, 6 Uhr. Versammlung im Bezirk Nord-Ost. Dasselbe wie SPD.

**Berammlungsanzeigen**

Breslau. Ad. Ostlich und Kalkert Freitag 1/2 11 im Büro

